

## **DAS MARITIME MUSEUM**

### **Kulturbehörde finanziert die Gegner**

**Kultursenatorin Karin von Welck (parteilos) kämpft unermüdlich für das neue Internationale Maritime Museum von Peter Tamm in der Hafencity. Die Stadt investiert Millionen in das Vorzeigeprojekt – und fördert gleichzeitig die kritische Gruppe „Feld für Kunst“.**

Wann immer sich die Gelegenheit bietet, weist die Senatorin darauf hin, dass das Museum, das am 25. Juni von Bundespräsident Horst Köhler eröffnet wird, die Stadt noch attraktiver für Touristen machen wird. Die öffentliche Hand investiert zu diesem Zweck immerhin 30 Millionen Euro in den Ausbau des Kaispeichers B. Dafür stellte Tamm seine international beachtete Sammlung zu Verfügung.

Doch die Kulturbehörde, die für das Museum zuständig ist, scheint sich für soviel Stiftermut nicht erwärmen zu können. Sie unterstützt zeitgleich einen Künstlerverein, der massiv gegen das neue Museum agitiert – und mit Unterstellung Meinung macht.

„Feld für Kunst“ heißt der Verein, der sich 2004 aus einem Zusammenschluss mehrerer linker Künstler verschiedener Fachrichtungen gegründet hat. In der Kulturbehörde ist er offenbar sehr beliebt. So beliebt, dass er seit 2006 jährlich einen Zuschuss für sein Jahresprogramm erhält. Im vergangenen Jahr organisierte die mit Hamburger Steuergeldern bedachte Vereinigung eine Protestaktion gegen das Treffen der G8-Staaten in Heiligendamm bei Rostock.

In diesem Jahr bekommt „Feld für Kunst“ 2000 Euro von der Kultursenatorin und hat sich etwas besonderes ausgedacht: Unter dem Motto „Wo der Krieg wohnt“ starten die politisch ambitionierten Künstler eine breit angelegte Kampagne gegen das neue Internationale Maritime Museum mit „Vorträgen, Performances, Installationen und Interventionen im städtischen Raum Hamburgs“, wie es in einer Ankündigung heißt.

### **Unreflektierte Militaria-Schau**

Grund für die Kampagne ist offenbar die in linksgerichteten Kreisen weit verbreitete Annahme, dass es sich bei Tamms Sammlung um eine unreflektierte Militaria-Schau handelt. Tatsächlich beschäftigt sich die Ausstellung überwiegend mit der zivilen Entwicklung der Seefahrt. Allerdings nicht ausschließlich, betont Peter Tamm: „Kriege ziehen sich durch die gesamte Menschheitsgeschichte, und sie haben die Entwicklung der Schifffahrt entscheidend geprägt.“ Deshalb dürfe dieser Aspekt nicht ausgeblendet werden, sagt der Stifter

Den öffentlich geförderten Künstlern reicht das nicht: Mit Anschlägen an Laternensäulen machen sie derzeit Stimmung gegen das Museum. So behaupten die „Feldkünstler“, dass die Reeder-Familie Schües dem Museum Bilder stiften werden, die von dem NS-Mann Hermann Göring stammen. Sie behaupten weiter, dass das chinesische Kulturministerium die letzte erhaltene Uniform vom Boxeraufstand zurückfordere, die sich im Museumsbesitz befinden soll. Nicht zuletzt plakatierte die Gruppe, Bundespräsident Köhler werde Tamm bei der Einweihungsfeier ein Knochenschiff-Modell eines amerikanischen Flugzeugträgers überreichen, das von irakischen Kriegsgefangenen geschnitzt worden sei. Mit der Wahrheit nehmen die Künstler es in den journalistisch verfassten Texten aber nicht so genau-

„Das ist alles von A bis Z erlogen. Die Kunstgruppe hat mein Museum noch nie gesehen. Ich rate den Leuten erst einmal uns zu besuchen und sich informieren, bevor sie solche Unwahrheiten verbreiten“, sagt der Stifter Peter Tamm. Die Kulturbehörde, von der WELT befragt, gab sich ratlos: „Für uns stellt sich die Frage, ob hier das Feld der Satire überschritten wird“, sagte Behördensprecher Björn Marzahn. Es sei zu überlegen, „ob das noch Kunst ist oder schon üble Nachrede“. Konsequenzen werde die Kulturbehörde daraus aber nicht ziehen. „Wir werden das Geld nicht zurückfordern, weil wir nicht ein Projekt, sondern den Verein insgesamt unterstützt haben, sagt Marzahn.

Besonders pikant: Die Kultursenatorin fiel offenbar selbst auf den Schwindel der von ihr geförderten Künstler herein. Zweimal ließ von Welck in Peter Tamms Büro nachfragen, ob die Vorwürfe des Kunstvereins nicht doch echt sind. Die Künstler selbst schweigen. Sie waren für eine Stellungnahme nicht erreichbar.